

Erkenntnisse der mehrjährigen Studie als eine Art Frühwarnsignal für die gegenwärtige Krisenkonstellation gelten können. Das vorliegende Buch beschreibt daher Übergänge im Stimmungsbild Österreichs von der Pandemie zur Mehrfachkrise und bildet den facettenreichen Wandel von Krisenwahrnehmungen, Werten und Einstellungen in den sozial turbulenten Jahren in Österreich ab.

## *2 Sozialwissenschaftlich betrachtet: Was ist eigentlich eine Krise?*

Bevor auf die Datenbasis und die Themen des vorliegenden Buches näher eingegangen wird, soll in einem ersten Schritt kurz der Begriff der Krise diskutiert und dabei der grundsätzlichen Frage nachgegangen werden, ob es überhaupt ein allgemeines Verständnis davon gibt, welche sozialen Probleme gemeinhin als Krise bezeichnet werden. Was macht eine Krise zu einer gesellschaftlichen Krise und wer bestimmt eigentlich, welche Strategien die richtigen zu ihrer Bewältigung sind? Diese grundlegenden Fragen sollen deshalb aufgeworfen werden, da sie zu erheblichen Kontroversen in der Fachwelt, aber auch in der Bevölkerung geführt haben. Sowohl die Corona-Krise als auch die Klimakrise – letztere wird oftmals bewusst als Klimakatastrophe und nicht als Krise bezeichnet – zeigen eindrücklich, dass es durchaus unterschiedliche Verständnisse des Krisenbegriffs geben kann und insbesondere auch davon, wie die gesellschaftlichen Krisen unserer Zeit am besten zu bewältigen seien. Krisen werden gemeinhin als „Phasen, in denen die Struktur, die Funktionsfähigkeit oder der Bestand eines sozialen Systems, eines sozialen Organismus oder eines gesellschaftlichen Zusammenhangs gefährdet sind“ (Steg, 2020, 432) verstanden. Entsprechend stellen Krisen temporäre Abweichungen von einem Normalzustand oder auch von einem Soll-Zustand dar und sind flüchtige Übergangsperioden zwischen stabilen, konsensual orientierten Phasen der gesellschaftlichen Ordnung (Steg, 2020; Habermas, 1973).

Aktuelle soziologische Zeitdiagnosen attestierten aber oftmals, dass Krisen inzwischen einen Normal- oder auch Dauerzustand moderner Gesellschaften darstellen (Reckwitz, 2018; Nassehi, 2012). Dies erscheint angesichts der vielen, stark verschränkten Krisenerscheinungen des 21. Jahrhunderts, die sich in Form von Terrorismus, Finanz- und Immobilienkrisen, weitreichenden Migrationsbewegungen, Klimakrise und einer zunehmenden Aushöhlung demokratischer Systeme manifestieren, zum einen plausibel. Zum anderen wird jedoch auch vor einer inflationären Verwendung

des Krisenbegriffs gewarnt, da er gewissermaßen zur Leerformel werden könnte, sofern jedes soziale Problem direkt zur Krise avanciert; wobei die generelle Annahme eines krisenfreien Normalzustandes an sich kritisch hinterfragt werden sollte (Steg, 2020; Rosa, 2020).

Die Vielzahl an Krisenerscheinungen und ihre Deutung stellen die Sozialwissenschaften vor Herausforderungen, wie die umfassende Diskussion des Themas in Handbüchern, theoretischen Abhandlungen und empirischen Studien unterschiedlichster Disziplinen illustrieren, wobei sowohl die Problematik als auch die Dringlichkeit, sich mit entsprechenden Krisen-Phänomenen auseinanderzusetzen, abgehandelt wird (siehe u.a.: Alexander, 2019; Bösch et al., 2020; Pickard, 2020; Rosa, 2020; Steg, 2020; Zeitlin & Nicoli, 2020). All diese Beiträge geben eine grundlegende Orientierung, was Krisen darstellen können und wie sie auf Gesellschaften wirken, da sie sowohl Individuen, Organisationen als auch Gesellschaften als Ganzes erfassen und belasten können (Alexander, 2019; Rosa, 2020). Dennoch bleibt im aktuellen Kontext fraglich, warum die Corona-Krise, die Klimakrise, die Gesundheitskrise, die Wirtschaftskrise, die Energiekrise usw. im öffentlichen Diskurs präsent sind, aber beispielsweise nicht im gleichen Ausmaß von einer Bildungskrise oder insbesondere auch Pflegekrise die Rede ist, zumal auch in diesen Gesellschaftsbereichen ernstzunehmende System-Gefährdungen beobachtet werden können? Offenkundig fallen Bewertungen der Beeinträchtigung der „Funktionsfähigkeit (...) eines sozialen Systems“ (Steg, 2020, 432) unterschiedlich aus und eine Krise wird demnach nur als Krise wahrgenommen, wenn sie von Expert\*innen und/oder zumindest größeren oder auch einflussreichen Teilen der Bevölkerung auch als solche anerkannt wird (Prisching, 2019). Deutungen von sozialen Problemen und Gefährdungslagen in der Gesellschaft spielen also eine erhebliche Rolle bei der Anerkennung eines ‚Krisenstatus‘.

Bei der Corona-Krise erlangten zunächst Gesundheitsexpert\*innen die Deutungshoheit<sup>5</sup>, der Krisenstatus war auf einer internationalen Ebene schnell erreicht, aber die Bewältigungsstrategien lösten bereits früh Kontroversen unter Expert\*innen, Politiker\*innen und in Teilen der Bevölkerung aus. Die große Bedeutung der sozialen Anerkennung der Corona-Krise lässt sich auch daran erkennen, dass ein „Ende“ der Krise erheblich durch die Corona-Maßnahmenmüdigkeit der Bevölkerung mitbestimmt wurde, die gewissermaßen die Deutungshoheit über die Krise (zurück)erlangte.

---

5 Siehe die zeitliche Abfolge von Schritten der Weltgesundheitsorganisation: <https://www.who.int/news/item/27-04-2020-who-timeline---covid-19>, letzter Zugriff 11.9.2023

Anders gelagert ist die Situation bei der Klimakrise, deren Krisenstatus von oftmals noch jungen Klimaaktivist\*innen durch Proteste nach wie vor erkämpft und damit ausverhandelt wird (Zamponi et al., 2022; della Porta & Portos, 2021). Hinzu kommt, dass im Prozess der Anerkennung von Krisen, auch Konkurrenzsituationen zwischen Krisen vorliegen können, die dazu führen, dass manche Krisen als wichtiger und andere als weniger dringlich bewertet werden. Eine derartige Konkurrenzsituation wurde besonders offenkundig, als die Pandemie und die sich fortsetzende Wirtschafts- und Energiekrise die wahrgenommene Dringlichkeit der Klimakrise (vorübergehend) in den Hintergrund treten ließ (Wardana et al., 2022; Ostheimer, 2020).

Vor diesem Hintergrund zeigt sich auch, dass Krisen auf unterschiedlichen Ebenen wirken. Einerseits unterscheidet sich je nach sozialem Milieu und damit verbundenen Erfahrungen und Einstellungen, was als Krise wahrgenommen wird und auch wie sich eine Krise auswirkt. Die Klimakrise wird in der Diskussion oftmals als eine Krise diskutiert, die von jungen und hoch gebildeten Personen als solche wahrgenommen wird, während mit steigendem Alter oder niedrigerer formaler Bildung die Krisenwahrnehmung geringer ausfällt (Huber, 2020; Whitmarsh, 2011). Genauso ist die Anerkennung des Ausmaßes von bestimmten Krisen von der Zugehörigkeit zu bestimmten Bevölkerungsgruppen abhängig: Ob Migrationsbewegungen nach Europa als eine herausfordernde Krisensituation für die Nationalstaaten wahrgenommen werden oder die Migrationskrise nicht doch in der humanitären Notlage von vielen Geflüchteten liegt, hängt stark von der politischen Orientierung ab, genauso wie die normative Beurteilung der Situation und Zuschreibung des Krisenstatus an sich (Hutter & Kriesi, 2022; Wallaschek, 2020). Und schlussendlich werden oftmals Krisenwahrnehmung und akzeptierte Krisenbewältigungsstrategien auch durch das Ausmaß der Betroffenheit mitgesteuert: So war etwa die Krisenwahrnehmung der Finanzkrise in Europa um 2010 stark von der individuellen und nationalen Betroffenheit beeinflusst (Drakos et al., 2019; Kern et al., 2015). Während es weitreichende, direkte politische wie soziale Auswirkungen im Süden Europas gab (Bosco et al., 2011), die sich u.a. in einer Vielzahl an Protesten gegen Maßnahmen in Griechenland manifestierten (Rüdig & Karyotis, 2014), und in betroffenen Regionen während der Krisenjahre beispielsweise auch erhöhte Selbstmordraten beobachtbar waren, war dies für das weniger stark betroffene Österreich nicht der Fall (Reeves et al., 2018).

Die seit Beginn des Jahrtausends in betroffenen Organisationen und wissenschaftlichen Kreisen diskutierte Krise des Journalismus wurde vor allem in den letzten Jahren im Zusammenhang mit Fragen über Falschnachrichten und Polarisierungstendenzen in der Bevölkerung in die weiter gespannten Krisennarrative eingebettet (Ognyanova et al., 2020; Pickard, 2020; Prandner, 2022). Und auch die seit Jahren anhaltende Krise von politischen Institutionen, die sich mit Legitimationsverlust konfrontiert sehen (Reus-Smit, 2007), wurde über lange Zeit vor allem von politischen wie wissenschaftlichen Eliten als solche diskutiert und ist erst im Rahmen der Corona-Krise in einen breiteren öffentlichen Diskurs gerückt (Geurkink et al., 2020). Hier zeigten einschlägige Forschungen, dass die Zufriedenheit mit der Demokratie in Österreich im Verlauf der Pandemie stetig gesunken ist (z.B. Rump & Zwiener-Collins, 2022, 689). Dies könnte mitunter durch die aufkommenden Korruptionsaffären 2021 erklärbar sein, die schlussendlich auch zum Rücktritt des damals amtierenden Bundeskanzlers Sebastian Kurz führten. Mitte November 2021 wurde schließlich im Zuge der kurzen Kanzlerschaft von Alexander Schallenberg ein bundesweiter Lockdown spezifisch für Ungeimpfte ausgerufen. Zu dieser Zeit wurde schließlich der Höhepunkt der Corona-Protestbewegung in Österreich erreicht und die zunehmenden Auseinandersetzungen zwischen Geimpften und Ungeimpften hinterließen tiefe Gräben in der Bevölkerung.

Obwohl die Pandemie im Frühjahr 2022 schließlich an wahrgenommener Dramatik verloren hat, befinden wir uns durch den Angriff Russlands auf die Ukraine seit Februar 2022 und die daraus resultierende Energie- und Inflationskrise in einem Stadium der Mehrfachkrisen, die auch vor Österreich nicht Halt machen. Die kostenseitig bedingte Rekordinflation, welche in Österreich höher ist als in anderen europäischen Ländern und das Niveau des Ölpreisschocks der 1970er Jahre erreichte, wirft nun vor allem die Frage auf, wie die Einkommensverluste in der Bevölkerung verteilt werden (WUG Redaktion, 2022). 2,7 Millionen aus dem unteren Einkommensdrittel seien von der Inflation in besonderem Ausmaß betroffen, zumal sie in der Regel auf keine Ersparnisse zurückgreifen können und nahezu ihr gesamtes Einkommen für Fixkosten aufwenden müssen (Essen, Wohnen und Energiekosten) (WUG Redaktion 2022, 166). Sie sind von Ausgaben- und Konsumverzicht betroffen, während in den höheren Einkommensgruppen weniger gespart werden kann (vgl. ebd.). Die ökonomischen Folgewirkungen der letzten Jahre können folglich insbesondere bei abstiegsgefährdeten Gruppen in Österreich nur bedingt abgefedert werden, wodurch in niedrigen Soziallagen Erfahrungen materieller Deprivation zu-